

Ergebnisprotokoll des Treffens von Vorstand und Beirat der DVPW mit den Vertretungen der DVPW-Untergliederungen

05.12.2015, 13 – 16 Uhr, Intercity Hotel Göttingen

Anwesende: Rolf Frankenberger (Vorstand und AK Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung), Claudia Landwehr (Vorstand), Monika Oberle (Vorstand u. Sektion Politische Wissenschaft und Politische Bildung), Gert Pickel (Vorstand u. AK Politik und Religion), Armin Schäfer (Vorstand und Sektion Politische Ökonomie), Thorsten Thiel (Vorstand), Andreas Busch (Beirat), Marcus Llanque (Beirat), Sigrid Roßteutscher (Beirat), Thomas Saalfeld (Beirat), Antonia Schmid (Beirat), Anette Elisabeth Töller (Beirat), Klaus Schlichte (Sektion Internationale Beziehungen und AK Soziologie der internationalen Beziehungen), Joachim Behnke (Sektion Methoden der Politikwissenschaft), Sebastian Haunss (Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft), Colette Vogeler (Sektion Politische Ökonomie), Dirk Jörke und Eva Hausteiner (Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte), Andrea Szukala (Sektion Politische Wissenschaft und Politische Bildung), Stephan Bröchler und Helmar Schöne (Sektion Regierungssysteme und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland), Steffen Kailitz (Sektion Vergleichende Politikwissenschaft), Marc Debus (Arbeitskreis Handlungs- und Entscheidungstheorie), Eva Heidbreder (Arbeitskreis Integrationsforschung), Detlef Sack (Arbeitskreis Lokale Politikforschung), Miao-Ling Hasenkamp (Arbeitskreis Menschenrechte), Roswitha Pioch (Arbeitskreis Migrationspolitik), Uwe Jun (Arbeitskreis Parteienforschung), Sebastian Bukow (Arbeitskreis Parteienforschung), Harald Schmid (Arbeitskreis Politik und Geschichte), Wolfgang Bergem (Arbeitskreis Politik und Kultur), Rebecca Lea Korinek (Arbeitskreis Politik, Wissenschaft, Technik), Evelyn Bytzek (Arbeitskreis Wahlen und politische Einstellungen), Julia Reuschenbach und Mischa Hansel (Themengruppe Hochschullehre), Thorsten Schlee (Themengruppe Konstruktivistische Theorien der Politikwissenschaft), Felix W. Wurm (Geschäftsführung DVPW), Thorge Babbe (Mitarbeiter DVPW).

Tagesordnung:

- 1) Genehmigung der Tagesordnung
- 2) Diskussion über die Lage der Vereinigung
- 3) Diskussion über die strukturelle Veränderungen in der DVPW
- 4) Diskussion über die Erweiterung der internen Kommunikation
- 5) Politische Vierteljahresschrift

KARTENABFRAGE

Um einen Überblick über die zentralen Reformwünsche und -vorschläge der Untergliederungen zu erlangen, wurde eingangs eine Kartenabfrage durchgeführt. Die Anwesenden konnten die aus ihrer Sicht drei wichtigsten Vorschläge zur Reform der DVPW auf Karten festhalten. Das Clustering der Karten wurde kurz vorgestellt und zur weiteren Verwendung (Themenspeicher) fotografiert. Vorschläge betrafen die Bereiche Strukturen (Leitungsgremien und Untergliederungen), Wahlen (inkl. Nominierung), Kommunikation (inkl. Webseite), PVS und Kongress.

BERICHT VON V&B

Vorstand und Beirat (V&B) berichteten von ihrem ersten Arbeitstreffen, ihren Entscheidungen und Absichten.

Im Zentrum der Arbeit von V&B steht eine Reform der Arbeitsstrukturen der DVPW sowie der Nominierungs- und Wahlverfahren. Armin Schäfer wurde für die gemeinsame Amtszeit zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt, Claudia Landwehr und Monika Oberle zu dessen Stellvertreterinnen. Der Vorstand behält seine kollegiale Arbeitsweise allerdings bei.

V&B streben eine Satzungsänderung an mit dem Ziel, das Wahlverfahren sowie Struktur und Funktionen der Leitungsgremien zu reformieren und Satzungsänderungen künftig zu erleichtern. Bezüglich des Verfahrens der Satzungsänderung (insb. zur Prüfung der Option online statt brieflicher Abstimmung) soll ein juristisches Gutachten eingeholt werden. Zur Sondierung der inhaltlichen Optionen der Satzungsänderung wurde ein Ausschuss eingerichtet.

V&B präferieren mehrheitlich ein Online-Wahlverfahren, das auch nicht auf der Mitgliederversammlung anwesenden DVPW-Mitgliedern eine Beteiligung ermöglicht. Bezüglich der Ausgestaltung des Wahlverfahrens gibt es jedoch noch keinen Beschluss. Zur Reform der Wahlverfahren soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, für die V&B auch Expertise aus der Mitgliedschaft anfragen werden. Auch Regelungen und Erfahrungen anderer Fachvereinigungen werden eruiert.

V&B haben beschlossen, den DVPW Rundbrief in seiner jetzigen Form einzustellen. Auch ein gedrucktes Mitgliederverzeichnis wird es nicht mehr geben. Die Mitglieder werden künftig über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen per Newsletter und über die Webseite der DVPW informiert. Für Ende 2016 ist ein Relaunch der Webseite geplant, der es auch den Untergliederungen erleichtern soll, ihre Berichte und aktuellen Ankündigungen gut sichtbar zu veröffentlichen. Für die interne Kommunikation werden V&B künftig eine Wiki-Plattform nutzen.

Das nächste Treffen von V&B findet im Februar statt, ein erneutes Treffen mit den Untergliederungen ist für den Frühsommer geplant. Bis dahin werden Ergebnisse des juristischen Gutachtens und der Reformausschüsse sowie erste Empfehlungen von V&B vorliegen. Auf der 3-Länder-Tagung in Heidelberg wird es eine außerordentliche Mitgliederversammlung geben, wobei auch ohne Kongressteilnahme eine Teilnahme an der MV (selbstverständlich kostenlos) möglich sein wird. Auf dieser soll über eine Satzungsänderung diskutiert werden, anschließend soll dann die satzungsgemäß notwendige Urabstimmung (wenn möglich online, sonst per Briefwahl) erfolgen. Geplant ist, die Leitungsgremien im Anschluss per Online-Wahlen neu zu besetzen. Die nachfolgende ca. 2,5-stündige Diskussion fokussierte die Themen Wahlverfahren, Leitungsgremien der DVPW, Kongress, Kommunikation und PVS.

WAHLVERFAHREN

Im Zentrum der Diskussion um das Wahlverfahren steht der Vorschlag einer **Online-Abstimmung**. Zahlreiche Pro- und Contra-Argumente werden ausgetauscht und abgewogen.

Als Argumente **FÜR** (Brief- oder) Online-Wahlen werden die Erhöhung der Legitimität der gewählten Leitungsgremien und die Bindung einer breiten Mitgliedschaft an die Vereinigung angeführt. Nicht auf dem Kongress Anwesende sind bislang von der Wahl ausgeschlossen, und die relativ geringe Anwesenheit von Mitgliedern auf der MV führt zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung, was von vielen Seiten problematisiert wird. Als Argumente **GEGEN** Online-Wahlen wird angeführt, dass Kandidat/innen sich der Wählerschaft dabei nicht persönlich präsentieren können und die Wählerschaft keine (auch kritischen) Nachfragen stellen kann. Bisher formierte sich das Meinungsbild der Wählenden auf der Versammlung, diese Dynamik fehle Online-Wahlen. Wenn für eine Wahlbeteiligung überhaupt keine Teilnahme an DVPW-Kongressen und Vereinigungsleben vorausgesetzt wird, verringere sich die Legitimität der Wahlen. Schließlich bestehe die Gefahr, dass die MV ohne Präsenzwahlen abgewertet werde und an Attraktivität verliere. Als **Kompromiss** zur Entschärfung einiger zentraler Kritikpunkte wird vorgeschlagen, dass es auch im Rahmen von Online-Wahlen bei einer persönlichen Kandidatenvorstellung mit der Möglichkeit der Kandidatenbefragung auf der MV bliebe, flankiert von einer Kandidatenvorstellung im Internet. Die Online-Wahlen unter potenzieller Beteiligung aller DVPW-Mitglieder würden nach der MV stattfinden. Als weiterer Alternativvorschlag wird ein Wahlsystem ins Spiel gebracht, das die Stimmen von auf der MV anwesenden Mitgliedern stärker gewichtet als Stimmen von Abwesenden. Dieser Vorschlag erntet allerdings v.a. Kritik.

Diskutiert wird schließlich die Frage des **Wahltickets**. Für ein festes Ticket von Kandidat/innen spreche, dass ein solches Team gemeinsame Ziele und den Willen zur Zusammenarbeit habe. Dies würde gegenüber der Wahl von Einzelpersonen die Handlungsfähigkeit der Vereinigung erhöhen. Konkurrierende Tickets bzw. Listen würden der Vereinigung demokratisch legitimierte Richtungsentscheidungen ermöglichen. Als Problem wird gesehen, dass eine so gewählte Gruppe „durchregieren“ und zu einer Spaltung der Vereinigung führen könne. Es bestehe eine Gefahr der Lagerbildung in wissenschaftspolitischen Fragen. Bezweifelt wird, ob konkurrierende Listen in der DVPW überhaupt realistisch seien, da der Andrang auf die zu besetzenden Ehrenämter sich bislang oft in Grenzen hielt. Manche sehen eine Ticketaufstellung generell kritisch und als Keim der Polarisierung, gerade auch wenn sie durch den scheidenden Vorstand erfolgt.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage einer Politisierung der DVPW angerissen, die von den Anwesenden teilweise gewünscht, teilweise abgelehnt wird. Grundsätzlich unterstrichen wird der Wunsch nach einer breiten Diskussion über **Ziele der Vereinigung**.

Als ergänzender Weg zum Agendasetting der Vereinigung wird eine **Mitgliederinitiative** vorgeschlagen.

LEITUNGSGREMIEN

Diskutiert wird über Funktion und Struktur der Leitungsgremien. Ausgangspunkt ist die Kritik an der bisherigen Arbeitsweise von Vorstand und Beirat, die Entscheidungen gemeinsam treffen und *de facto* gleichberechtigt agieren. Es wird argumentiert, dass ein Beirat den Vorstand entweder beraten oder kontrollieren solle, wofür ein größerer Abstand vom „Tagesgeschäft“ notwendig sei. Vorgeschlagen wird zum einen ein verschlankter Vorstand, der dann allein als Exekutive agiert, oder ein größerer Vorstand unter Auflösung des bisherigen Beirats (wobei der Vorstand dann kleiner als der aktuelle V&B wäre). Intensiv diskutiert wird der Vorschlag einer „Zweiten Kammer“, die bspw.

aus Vertreter/innen der Untergliederungen bestehen könnte. So könne die Vielfalt der Vereinigung in ihrer Breite repräsentiert werden. Problematisiert wird dabei zum einen die Auswahl der vertretenen Untergliederungen (z.B. manche AKs größer als Sektionen), zum anderen die kaum geregelten, ungleichen internen Wahlverfahren in den Untergliederungen sowie deren unklare/wenig formalisierte Mitgliedschaften (auch Doppelmitgliedschaften). Klar wird, dass die Einrichtung einer solchen Zweiten Kammer eine Reform der Untergliederungen voraussetzen würde. Grundsätzlich wird problematisiert, dass eine Zweite Kammer die Handlungsfähigkeit der Vereinigung beeinträchtigen könnte.

KONGRESS

Struktur und Rhythmus der **Kongresse** wurden andiskutiert. Kritisiert wird, dass die Anzahl möglicher Vorträge und Panels gerade für große Sektionen zu gering sei. Eine hohe, durch die strikte Mengenbegrenzung verursachte Anzahl von Ablehnungen führe zu unerwünschter Nicht-Teilnahme von Mitgliedern am Kongress. Ein jährlicher Rhythmus (bei gleichzeitiger Kürzung der Kongressdauer) wird vorgeschlagen, um aktuellen Fragestellungen mehr Raum zu geben. Unerwünschte Kollisionen im Programm sollten vermieden werden. Die MV sollte früher am Tag beginnen, Berichte könnten vorab online veröffentlicht bzw. per E-Mail mitgeteilt werden. V&B sehen die Notwendigkeit von Kongressreformen, werden jedoch in ihrer Amtszeit keinen DVPW-Kongress organisieren und diesbezügliche Fragen nicht abschließend klären können. Die außerordentliche MV auf der 3-Länder-Tagung soll am frühen Nachmittag beginnen.

KOMMUNIKATION

Grundsätzlich wird mehr **Kommunikation** innerhalb der Vereinigung gewünscht. Bemängelt wird, dass es bislang außerhalb der alle drei Jahre stattfindenden Kongresse und Mitgliederversammlungen keinen breiten Austausch gab. Befürwortet wird eine Verstetigung der Treffen mit den DVPW-Untergliederungen, bspw. einmal jährlich, wie auch eine Verstetigung der in Duisburg initiierten Zusammenkunft politikwissenschaftlicher Institute. Ergänzend könnte die überarbeitete Website künftig als Kommunikationsplattform dienen. Gewünscht wird, dass Entscheidungsprozesse möglichst transparent kommuniziert werden.

PVS

Schließlich wurden Stand und Perspektiven der **PVS** diskutiert. Auf Grund von Abstimmungsproblemen zwischen den Verlagen Nomos und Thomson Reuters war die PVS kurzzeitig aus dem SSCI gefallen, wird 2015 aber nach Angabe des Geschäftsführenden Redakteurs wieder gelistet sein. Zentrale Diskussionspunkte sind eine mangelnde Sichtbarkeit und mögliche Internationalisierung der PVS. Ein Reformvorschlag betrifft Veröffentlichungen in Englischer Sprache. Eine Umstellung zum Englischen, wie sie bspw. die italienische Politikwissenschaft vollzogen hat, könnte zu mehr Veröffentlichungen von Kolleg/innen aus anderen Ländern führen und die Reichweite der PVS erhöhen. Gegen eine Umstellung zum Englischen spricht, dass hierzulande noch weniger Anreiz für Veröffentlichungen in deutscher Sprache bestünde und der deutschsprachige

Austausch, welcher für viele zum Selbstverständnis der DVPW gehört, leiden würde. Es drohe ein Verlust der Wissenschaftssprache Deutsch. Zumindest in einer Übergangsphase, bis die PVS sich internationales Standing erarbeitet hätte, könnte die Umstellung dazu führen, dass v.a. Artikel eingereicht würden, die andernorts bereits abgelehnt wurden. Ein Kompromissvorschlag sieht eine Zweisprachigkeit vor: deutsche und englische Artikel könnten eingereicht werden, wobei die geäußerten Vorschläge von völliger Wahlfreiheit über mind. einen englischen Artikel pro Heft bis hin zu einer 50/50 Lösung reichen. Weitere Vorschläge zur Steigerung der Sichtbarkeit und Attraktivität der PVS betreffen die Umstellung auf eine elektronische Version, Open Access-Lösungen sowie die Einrichtung eines funktionsfähigeren, attraktiven Online Portals. Diskutiert wird schließlich der Vorschlag, künftig Herausgeberschaften für Teams auszuschreiben.

Monika Oberle